

Rede zum Haushaltsplan 2017

Die Kriege in Syrien, Irak, Afghanistan, die z.T. katastrophalen humanitären Zustände in anderen arabischen Ländern hatten in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich Millionen Flüchtlinge auf den Weg nach Europa gemacht haben, um überwiegend nach Deutschland zu kommen.

Der Grund war das eigenwillige Verständnis der Kanzlerin von einer Willkommenskultur, die bei den Geflüchteten oft falsche Hoffnungen, und Fassungslosigkeit bei unseren europäischen Nachbarn hervorgerufen hat...

So gesehen, hatte der Main Taunus Kreis vor einer Aufgabe gestanden, an der andere Kommunen und Kreise, aber auch kleine Nationalstaaten gescheitert waren, als ihm nach der einsamen Entscheidung unserer Kanzlerin im September 2015, die Grenzen unkontrolliert zu öffnen, quasi über Nacht die Hilfe- und Arbeitssuchenden vor die Tür gestellt worden waren.

Unser Kreis brachte mehrere tausend Menschen in Quartiere unter, ohne dass jemand hätte frieren oder getrennt von seiner Familie leben müssen. Nirgendwo hatte es an medizinischer Versorgung gemangelt und die Güter des täglichen Bedarfs waren ebenso rasch bereitgestellt worden.

Man muss es zweifellos dem Herrn Landrat und einer professionell eingestellten und professionell geführten Verwaltung danken, dass die Folgen dieser ganz sicher nicht in letzter Konsequenz durchdachten Entscheidung in Berlin noch in geordnete Bahnen hatte gelenkt werden können, und hier keine Zustände wie im LAGESO in Berlin oder IDOMENI in Griechenland herrschten.

Nun liegt uns heute der Haushaltsplan für das kommende Jahr vor. Ein handwerklich ordentlich erstelltes Zahlenwerk, aber trotz Einnahmen in noch nie dagewesener Höhe wird es erneut eine Verlustausweisung im kommenden Jahr geben...

Großen Anteil an der erneuten Schuldenaufnahme hat die weitergehende Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber, die in den vergangenen beiden Jahren zu uns gekommen waren.

Kern meiner Partei ist die Wiederherstellung von Recht&Gesetz, die Achtung vor dem Geschriebenen und Einhaltung von Verträgen.

So war es die bewusste und sogar eingeräumte Verletzung der Verträge von Maastricht und die damit bis heute andauernde Rettung anderer EU-Staaten mit deutschen Steuergeldern, die zur Gründung der Alternative für Deutschland geführt hatte.

Auf diesen Rechtsbruch waren weitere gefolgt, und es wird jedem Jura-Studenten im 1. Semester deutlich gemacht, dass auf Rechtswidrigkeit fußende Gesetze, Erlasse und Bestimmungen niemals rechtens sein können!

Ähnlich verhält es sich hier & heute:

den im Grunde ordnungsgemäß beschlossenen Mehrausgaben des Kreises zur Bewältigung der noch immer anhaltenden Flüchtlingskrise war ein eklatanter Verstoß gegen unsere Verfassung vorausgegangen,

als die Kanzlerin aus einer Gefühlswallung heraus, und ohne das Parlament zu konsultieren, den Art. 16a Abs.2 GG, wonach Menschen aus einem sicheren Drittstaat keinerlei Asyl-Ansprüche ableiten dürfen, einfach mal ausgehebelt hatte!

Ich will es nochmal allen klar machen: Das Fundament all unserer Gesetze und Verordnungen, unser Grundgesetz, war am 5. September 2015 in Teilen außer Kraft gesetzt worden!

Wir erkennen zwar Verfassungsbrüche in der Türkei und Ungarn, und wir prangern diese auch zu Recht lautstark an, aber wir verschließen unsere Augen, wenn unsere eigene Verfassung per Dekret ausgesetzt wird, solange „der gute Wille dahinter“ stimmt!

Auch Bestimmungen zur Grenzsicherung und Einreisekontrolle waren ohne Gesetzesänderungen aufgehoben worden.

In diesem Zusammenhang weise ich auf das Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Di Fabio hin, das die CSU als Klagevorbereitung gegen die Kanzlerin in Auftrag gegeben hatte. (- Zitat Di Fabio)

Der Verfassungs- und Gesetzesbruch war darin klar festgestellt und durch nichts gerechtfertigt worden, und es ist eher dem bevorstehenden Bundeswahlkampf geschuldet, dass Seehofer nicht den Klageweg beschritten hatte.

Nun ist der Main Taunus Kreis verpflichtet gewesen, die ihm zugewiesenen Menschen zu versorgen, eine Ablehnung hatte ihm gesetzlich gar nicht zugestanden.

Auch die menschenwürdige Versorgung ist gesetzlicher Auftrag, und die AfD respektiert sowohl diese Bestimmungen, als auch ihre Umsetzung im Grundsatz.

Wir kritisieren an dieser Stelle jedoch die Hörigkeit, mit der der Kreis auf Grundlage einer noch immer in Teilen außer Kraft gesetzten Verfassung seiner Ausführungspflicht ggü. Land und Bund nachkommt:

Das Beamtenrecht berechtigt und verpflichtet ausdrücklich zur Remonstration, um auf rechtliche Bedenken gegen Weisungen und Erlasse ggü. der vorgesetzten Stelle hinzuweisen.

Von diesem Recht und dieser Pflicht hat der Kreis keinerlei Gebrauch gemacht.

Stattdessen wird uns hier&heute einSchulden- Haushalt, verbunden mit einem Integrationskonzept, vorgelegt, dass den Verfassungsbruch weiter zementieren und unumkehrbar machen soll!

Eine Zustimmung zu diesem Haushalt, der sicherlich auch auf äußeren Druck hin entstanden war, können wir nicht geben, wollten wir uns nicht des fortgesetzten Rechtsbruchs schuldig machen.

Explizit lehnen wir den Stellenplan ab, wie er uns heute zur Abstimmung vorliegt:

Es kommt äußerst selten vor, aber genau wie die SPD, die LINKE, die freien Wähler halten wir die vorgesehene Installation einer B4-Stelle für einen weiteren hauptamtlichen Beigeordneten, samt der abenteuerlichen Begründung, die Verhandlungen hätten dieses nun mal so ergeben, für reine Selbstbedienung und ein weiteres Zeichen der Abgehobenheit unserer Volksvertreter.

Im Zuge des Flüchtlingsstroms waren in aller Eile fast 100 Stellen in der Verwaltung vorgesehen worden, die nun, angesichts der abnehmenden Zahlen, in 2017 nicht mehr notwendig sein sollten;

Wir fordern daher die ersatzlose Streichung dieser geplanten Stellen und lehnen den Haushaltsentwurf, wie ihn die Koalition uns heute vorlegt, aus verfassungsrechtlichen Bedenken ab.